Erscheint wöchentlich drei Mal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Vormittags. Vierteljährlicher Pränumerations-Preis für Einheimische 16 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 18 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis Montag, Mittwoch und Freitag Nachmittag 5 Uhr in der Rathsbuchdruckerei angenommen und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

# Thorner Wochenblatt.

№ 119. Donnerstag, den 9. October. 1862.

## Thorner Geschichts-Kalender.

| | | |
|---|---|---|
| 9. Oktober | 1467. | Der Hochmeister Ludwig von Erlichshausen kommt wegen der Friedens-Unterhandlungen hierher. |
| 10. „ | 1576. | König Stephan Batory eröffnet hierselbst einen Reichstag, zu dem auch ein tartarischer Gesandter erschienen ist. |
| „ „ | 1647. | König Wladislaw IV. kommt hierher. |
| „ „ | 1697. | Der Bürgermeister Schmidt von Schmiedeberg stirbt. |

## Landtag.

60. **Sitzung des Abgeordnetenhauses am 6. October.**

Tagesordnung die Resolution der Budget-Kommission. Sie lautet: 1) die Staats-Regierung aufzufordern, die Etats pro 1863 dem Abgeordnetenhause zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme so schleunig vorzulegen, daß die Feststellung derselben noch vor d. J. 1863 erfolgen könne, 2) daß es verfassungswidrig sei, wenn die Staatsregierung eine Ausgabe verfüge, welche durch das Abgeordnetenhaus abgelehnt worden. Ref. v. Forckenbeck. Die Berechtigung zur Zurückziehung des Etats für 1863 sei uur unter der Voraussetzung vorhanden, daß die Regierung einen neuen Etat so zeitig vorlege, daß derselbe noch vor Beginn des Etatsjahres festgestellt werden könne. Die Erklärungen, welche dieser Zurückziehung in dem Plenum und der Kommission beigefügt seien, haben die Kommission zu dem Vorschlage einer Resolution veranlaßt. Redner begründet die Resolution im Einzelnen. Er befindet sich in der Lage, den klaren Inhalt der Verfassung hier noch weiter darzulegen; hierzu sei er durch die Erklärungen der Minister gezwungen. Wenn man glaube, die Regierung sei berechtigt, nach dem Nichtzustandekommen eines Etats ohne Etat weiter zu regieren, so sei das dem Inhalt nach der Absolutismus, wie er vor der beschwornen Verfassung bestanden. Redner bezieht sich auf die Debatten bei der Berathung des Art. 99 der Verfassung, ferner auf eine Rede des Abg. Simson aus dem Jahre 1851. Es folgten dann die Angriffe auf den Art. 99 der Verfassung, der Gesetzentwurf wegen 2jähriger Etatsfestsetzung, die Anträge von v. Plötz, Zander und Andern, welche eine Anerkennung der Bedeutung des Art. 99 der Verfassung enthielten. Ein Antrag aus der damaligen Zeit wollte statt „ein Etat muß vereinbart werden", setzen: „ein Etat kann vereinbart werden". Er wurde mit großer Majorität verworfen. Ebenso zahlreich seien die Anerkenntnisse aus der Periode der „neuen Aera", die bis zu dem Kommissionsbericht des Herrenhauses über das vom Abgeordnetenhause beschlossene Finanzgesetz herabreichen. Die Mahnung an die Pflicht der Staatsregierung den Etat pro 1863 rechtzeitig vorzulegen, ist in Punkt 1 der Resolution enthalten. Was bei Nichterfüllung dieser Pflicht eintritt, ist cura posterior. Die Feststellung ist möglich, wenn die Staatsregierung ein Gesetz vorlegt, welches die Militärfrage im Sinne der großen Majorität des Landes ordnet. — Zu Punkt 2 der Resolution bemerkt der Redner: Die Verwerfung des Etats im Herrenhause wäre die Verweigerung der Verwendung von 133 Millionen Einnahmen zu den Staatsausgaben. Wäre dieser Beschluß schon gefaßt, so würde der Beschluß dieses Hauses lauten müssen: Die Regierung ist nicht berechtigt, von den Einnahmen zu den Ausgaben auch nur einen Pfennig zu verwenden. So lange ein solcher Beschluß nicht vorliegt, ist nnr die Fassung in Punkt 2 der Resolution gerechtfertigt. Der in der Kommission angedeutete Weg zur Versöhnung ist von der Regierung vorzuschlagen „Legen Sie einstimmig Zeugniß für die Stärke der Verfassung ab einer Regierung gegenüber, welche dieselbe zwar noch nicht angetastet, aber, vielleicht zur Vorbereitung der Antastung, angezweifelt hat." Gegen die Resolution spricht zuerst Abg Reichensperger (Geldern), für Abg. Waldeck. Er sagte unter Anderem: Wir verzichten dieser Regierung gegenüber auf den Ausbau der Verfassung, aber einen berechtigten, von dem ganzen gebildeten Europa freudig anerkannten Beschluß wollen wir aufrecht erhalten gegenüber den Außerungen der Regierung, die von einem Lothrecht sprechen, das nichts ist, als die Aufhebung der Verfassung durch rohe Gewalt. Sollen wir uns mit Eckel abwenden von solchem Staatsleben, sollen wir gegen die gedrohte Gewalt aufrufen? Wir weisen diese schmutzigen Verdächtigungen zurück, wir halten einfach fest an unserem Rechte. Es ist unglaublich, daß unser Recht der Budgetbewilligung noch in Frage gestellt wird. Dasselbe ist der Angelpunkt des Konstitutionalismus. Redner legt ausführlich die Entstehung des Art. 99 der Verfassung dar, wie er aus dem Camphausen'schen Entwurf in den der Nationalversammlung, in die oktroyirte und die jetzt geltende Verfassung übergegangen; er vergleicht denselben mit dem entsprechenden Artikel der belgischen Verfassung. Die Interpretation, die sich zwischen beide Sätze des Artikels 99 einschleichen will, entspricht einmal unserm absoluten Staate, der nie ohne gesetzlich festgestelltes Budget regiert wurde. Ein Anschlag ist nicht ein Budget, letzteres ist ein Gesetz. Eine Regierung, die es unternähme, ohne Budget zu regieren, würde den Kredit des Staats an der Wurzel angreifen, nicht blos den Geldkredit, sondern den Glauben, daß im Staate Recht und Gesetz gelte. Auffallend ist, daß solche Interpretationen von der aristokratischen Partei ausgehen; das liegt nicht im Geiste einer unabhängigen Aristokratie und die Möglichkeit solcher Interpretationen von Seiten jener Partei beweist nur, daß wir keine unabhängige Aristokratie haben. Eine Verwerfung des Budgets von Seiten des Herrenhauses wäre nicht ein Verwerfen der Nichtanerkennung der Augmentation, sondern eine Verwerfung des Ausgabeetats, die Anwendung eines äußersten Mittels, um das Ministerium lahm zu legen. Ein Votum des Herrenhaufes für das von der Regierung vorgelegte Budget wäre in seinem Werthe gleich Null. Allerdings ist das Herrenhaus der Hemmschuh der Entwickelung, aber dem Staate Ausgaben aufzudringen, welche das Abgeordnetenhaus für finanziell undurchführbar und politisch unzuläßig erklärt hat, das steht nicht in der Macht jener Versammlung. Weil solche Grundsätze auch von der Regierung ausgesprochen wurden, ist die beantragte Erklärung nothwendig. Redner begründet den Punkt 1 in scharfer Rechtsdeduktion. Was Punkt 2 angeht, so ist theoretisch richtig, daß wenn ein Etat nicht zu Stande gekommen ist, die Autorisation zu allen Ausgaben fehlt; aber praktisch wird das Abgeordnetenhaus die Genehmigung nicht allgemein versagen, obgleich es das Recht dazu hat und ohne dieses Recht der Konstitutionalismus ein leerer Schein ist.

Abg. v. Vincke (Stargard): Die Minorität wird den vom Hause gefaßten Beschluß in der Militärfrage als einen verfassungsmäßigen ansehen und achten; sie ist aber nicht, wie man vielleicht aus der Schlußabstimmung geschlossen hat, mit der Majorität vollständig einig, da sie die Reorganisation erhalten will und nur die zweijährige Dienstzeit fordert. Ich habe aber auch die Regierung dringend aufgefordert, den allgemeinen Wünschen des Landes nachzugeben; kann sie das nicht, kann sie den ihr entgegenstehenden Widerstand nicht aufheben, so müssen die Männer, welche sie bilden, ihr Amt anderen Händen übergeben. Von einer Seite ist das geschehen und das Mitglied des Staats-Ministeriums, welches sich dem konstitutionellen Brauch gefügt, hat dadurch mit Recht den Ruf eines konstitutionellen Ministers erhalten. Der Redner ist der Ansicht, den Erklärungen der Regierung wohne ein versöhnlicher Charakter bei; die Regierung bedürfe einer langen Frist zur Umarbeitung der Etats und diese müsse ihr gegeben werden. Er wisse nicht, wie viel Zeit die Regierung nöthig habe, um den an gewissen Stellen vorhandenen Widerstand zu beseitigen; aber auch die Umarbeitung lasse sich nicht schnell erledigen. Der Redner fährt fort; Ich habe nicht so schwarze Befürchtungen von dem Herrn dort mir gegenüber, als manche Zeitungen, obwohl sie bereits im Hause ein Echo gefunden, derselbe wird seit 10 Jahren viel gelernt und viel vergessen haben. Aus allen Wahrnehmungen im Auslande wird derselbe entnommen haben, daß die feudale Bevormundung der unteren Klassen nicht möglich ist. Allerdings bin ich etwas irre geworden durch die Erklärungen in der Budget-Kommission, die ich schon vor 10 Jahren im Hause vernommen; meine Ansichten stehen denen des Vorsitzenden des Staatsministeriums direkt entgegen. Alle Parteien des Hauses haben sich früher gegen dieselben ausgesprochen. Der Erklärung des Staatsministeriums muß allerdings eine ganz bündige Verwahrung entgegentreten. Der Kommissions-Antrag erregt aber manche Bedenken, er ist in der Form verfehlt und die Erwägungs-Gründe sind auch nicht überall vollständig gerechtfertigt. Das Ministerium kann jetzt noch nicht wissen, ob es das Budget vor dem 1. Januar zu Stande bringen könne. Ich bin mit dem in Punkt 2 der Resolution aufgestellten Satz ganz einverstanden, werde aber ihn dennoch nicht aussprechen wenn ich das nicht für opportun halte. Ein sonnenklares Recht muß man nicht durch eine Resolution feststellen wollen: dadurch macht man es erst zweifelhaft. Außerdem bin ich gegen die Resolution, weil ich nicht durch einen rein theorethischen Satz den folgenden Handlungen des Staatsministeriums einen Makel aufdrücken will, jetzt, wo es sich darum handelt eine Versöhnung möglich zu machen. Nachdem der Redner nochmals bedauert hat, daß der Vorsitzende des Staatsministeriums die von ihm früher entwickelten Theorien aufrecht erhalten hat, empfiehlt er sein Amendement.

Nach dem Abg. v. Vincke sprach Abg. v. Lüning für die Resolution, gegen dieselbe Abg. Osterrath, für dieselbe darauf Abg. Prof. Gneist. Die staatsrechtlichen Ausführungen seiner Rede, die sich mit Schärfe gegen das Ministerium wie gegen das Herrenhaus wandten, wurden mit lebhafter Zustimmung aufgenommen. Auch der Abg. Simson wies die konstitutionelle Theorie des Ministerpräsidenten nachdrücklich zurück, schloß aber doch mit der Befürwortung der Vinckeschen Resolution, welche offenbar nur ersonnen ist, um mit ihrer größeren „staatsrechtlichen Präzision" das Haus zu spalten und dem Ministerium eine Brücke zu bauen. Je feudaler das Ministerium sich gestaltet, desto größer wird sein Vertrauen auf dessen Versöhnlichkeit. Herr v. d. Heydt, der nach Herrn v. Vincke der letzte Vertreter des konstitutionellen Systems war, ist abgetreten; die Theorie ist schlimmer als je; ober trotz aller höchst anstößigen Aeußerungen ist grade Herr v. Bismarck der Mann, der durch seine Praxis die Verfassung zur wahren Ehre bringen wird. Deshalb ist die Resolution der Majorität nicht opportun. — Das Ministerium verhielt sich während der ganzen Debatte schweigend. Es ist offenbar noch zu keinem definitiven Entschlusse gelangt, sondern dieser soll auch diesmal erst wieder in der eilften Stunde gefaßt werden. Herr von Bickmarck befürwortete zuletzt die Vertagung, damit die Regierung morgen sich erklären könne. Es ist abzuwarten, ob sie die Angelegenheit in irgend ein neues Stadium überzuführen versuchen wird!

61. **Sitzung des Abgeordnetenhanses am 7. October.**

Die Fortsetzung der Debatte über die Forckenbecksche Resolution fand heute statt. Der Ministerpräsident v. Bismarck erklärte Namens des Gesammtministeriums: Die Staatsregierung werde in der Annahme des Vinckeschen Amendements ein Unterpfand des Hauses für entgegenkommde Aufnahme ihrer Bemühungen zur Verständigung erblicken und wenn die Annahme erfolge, Vorschläge machen, welche auf den Antrag eingehen, ohne sich dessen Motive anzueignen. (Lebhafter Widerspruch.) Die in dem Amendement für 1862 in Aussicht genommenen Schritte würde das Staatsministerium dann thun, wenn es ersichtlich sei, daß der Etat nicht rechtzeitig zu Stande käme. — Das Vincke'sche Amendement lautet: „In Erwäguug, daß 1) alle Staatsausgaben nach dem Wortlaute und dem klaren Sinne des Artikels 99 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 durch ein Gesetz festgestellt werden müssen; 2) eine Berechtigung zur Leistung solcher Ausgaben, der Landes-Vertretung gegenüber daher nicht existirt, bevor sie durch ein Gesetz festgestellt worden sind; 3) das bisherige Verfahreen, wonach bei dem Beginne eines jeden Jahres die durch das Staatshaushaltsgesetz des vorhergehenden Jahres festgestellten fortdauernden Ausgaben bis zur gesetzlichen Feststellung des neuen Staatshaushaltsetats einstweilen fortgeleistet worden sind, bis jetzt niemals als ein verfassungsmäßiges Verfahren anerkannt; 4) vielmehr von allen Factoren der Gesetzgebung zugegeben worden ist, daß es eine der nachträglichen Genehmigung der Landesvertretung bedürfende Abweichung von dem verfassungsmäßigen Verfahren enthalte; 5) dies bisherige Verfahren sich stets nur auf die im Vorjahre durch das Staatshaushaltsgesetz ausdrücklich bewilligten fortdauernden Ausgaben erstreckt hat, somit 6) durchaus nicht als ein Präzedenzfall für die fernere Leistung solcher Ausgaben geltend gemacht werden kann, deren weitere Bewilligung von dem Hause der Abgeordneten ausdrücklich abgelehnt worden ist; 7) daß der interimistische Vorsitzende des Staatsministeriums in der Budget-Commission die Erklärung abgegeben hat: „die eingangsgedachte Auffassung des Artikels 99 stehe mit der zwöljjährigen constitutionellen Praxis des Landes im Widertpruch und beruhe auf einer Interpretation, welche von der Staatsregierung nicht getheilt werden könne", 8) das Königliche Staatsministerium aber dieser Erklärung keinerlei Folge geben kann, ohne die Verfassung des Landes zu verletzen: erklärt das Haus, daß die Staatsregierung abgesehen von den in Ansehung des Etats pro 1862 zu gewärtigenden weiteren Vorlagen, falls sich die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für das nächste Jahr nicht noch vor dem 1. Januar 1863 herbeiführen läßt, zur Aufrechthaltung verfassungsmäßiger Zustände verpflichtet ist, noch vor dem Ablauf des Jahres 1862 die Bewilligung eines vorläufigen extraordinären Credits bei der Landesvertretung zu beantragen."

Die Resolution (s. o.) ist heute mit großer Majorität angenommen.

## Politische Rundschau.

**Deutschland.** Berlin, den 6. October. Der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin verlassen am Montag (den 26. d) früh Coburg und treten die-

längere Reise nach der Schweiz, Italien ꝛc. an. Die kronprinzlichen Kinder treffen in den ersten Tagen der nächsten Woche mit ihrer Ober-Gouvernannte, Freiin v. Dobeneck, hier ein. — Der neue Finanzminister v. Bodelschwingh ist früher bekanntlich ein entschiedener Gegner der Vermehrung des Militäretats gewesen; der Forderung von Ausgaben zur Befestigung von Berlin, die in der Zeit der schlimmsten Reaction stark ventilirt wurde, hat er sich mit einer Entschiedenheit widersetzt, von der Herr von Patow nur den zehnten Theil gehabt zu haben brauchte, um uns vor der schlimmen Krisis zu bewahren, in der wir jetzt stecken. Ob Herr von Bodelschwingh auch den auftauchenden Reorganisations-Ideen abgeneigt gewesen ist, wie man jetzt versichert, ist nicht zu verbürgen. — Im Herrenhause soll die Fraktion Arnim (Graf Arnim-Boytzenburg) beabsichtigen, das Budget nicht zu verwerfen, aber dasselbe nach dem Regierungsentwurf anzunehmen. Die Nachricht klingt fast unglaublich, tritt aber sehr positiv auf und wird von Mitgliedern des Herrenhauses selbst verbreitet. — Der Bürgerverein in Ziesar hat an den Vorsitzenden des Staatsministeriums Hrn. v. Bismark-Schönhausen eine Adresse gerichtet, in welcher derselbe seine Freude ausdrückt, daß Se. Majestät „einen echten Jerichower Mann" an die Spitze des Ministeriums berufen habe, und die Hoffnung ausspricht, es werde nun Preußen seine hohe Mission erfüllen, das „rechte deutsche Königthum" der Demokratie und dem falschen Constitutionalismus abzuringen, indem es Sr. Excellenz fest auf dem Boden der Verfassung stehend gelingen werde, diese Aufgabe zu lösen. — Man schreibt der „K. Z." aus Brüssel: Man widmet hier wie in Paris der deutschen Bewegung große Aufmerksamkeit, und so wohl bei uns wie in den liberalen Kreisen Frankreichs ist man durch die energische aber doch maßvolle Haltung der constitutionellen Partei überrascht. Eine sehr hoch gestellte Persönlichkeit, auf deren Weisheit man in Deutschland nicht wenig hält, äußerte vor einigen Tagen: „Eine nur halbwegs vernünftige Regierung müßte mit den Elementen, welche in Preußen vorhanden sind, mit einer Kammer, wie die preußische, Großes leisten. Die Furcht aber vor chimärischen Gefahren macht in Berlin die wirklichen übersehen, und diese Verblendung leistet Oesterreichs Plänen großen Vorschub." Aus Paris schreibt man, das Benehmen der preußischen Kammer wirke ermuthigend auf die liberale Partei in Frankreich. Sie wartet mit Ungeduld auf die Neuwahlen. Diese sollen aber nun doch auf das nächste Jahr vertagt sein. — Mehrere Offenbacher Bürger haben an Garibaldi folgendes Telegramm gerichtet: „General! Innige Theilnahme und Hochachtung für Sie veranlassen die Liberalen Offenbachs, um Auskunft ihres Befindens zu bitten." — Heute nun ist folgende Antwort eingetroffen: „Ich danke herzlich den braven Bürgern von Offenbach. Ich leide, ich beklage mich nicht! Die Sachen jedoch fahren gut fort. Lange Kur. Heilung noch entfernt. Garibaldi." — Den 7. Oktober. Der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin werden sich dem Reiseprogramm zufolge von der Villa Weinburg aus durch die Schweiz nach Mailand begeben, sich alsdann in Marseille einschiffen und Rom, Neapel, Messina ꝛc. besuchen. — Den 8. Das Haupt-Bank-Direktorium in Berlin erläßt folgende Bekanntmachung: In den letzten Tagen ist eine Nachbildung einer Note der preußischen Bank zu Hundert Thalern vorgekommen, die zwar bei einiger Aufmerksamkeit von den ächten Noten, namentlich an dem Wappen und dem dasselbe umgehenden rothen Felde, leicht zu unterscheiden ist, aber doch möglicher Weise zu Täuschungen führen kann. Wir machen deshalb das Publikum auf die dringende Nothwendigkeit aufmerksam, auch die Noten á 100 Thlr. vor deren Annahme genau zu prüfen und sich den Einzahier jedesmal zu merken. Es ist dies im öffentlichen und Privat-Interesse unerläßlich. — Die Resolution der Commission wird voraussichtlich mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität angenommen werden; die Fraction Rönne wird jedenfalls dafür stimmen; ein Theil der Fraction Vincke ebenfalls, wie es heißt. — In Baden ist, wie die „N. B. Z." erfährt, dem Könige das peinliche Aufsehen nicht unverborgen geblieben, welches die Aeußerung Bismarck-Schönhausens, daß Preußens Bestehen von einer Erweiterung seiner Grenzen abhänge, bei den besten Freunden Preußens gemacht hat. Der König hat diese subjective Ansicht des Ministerpräsidenten, sowie die Lösung der deutschen Frage mittelst „Eisen und Blut" entschieden gemißbilligt,

Hannover, 3. October. In unseren reaktionären Kreisen wird hier noch immer sehr stark für eine Betheiligung an der großdeutschen Versammlung in Frankfurt agitirt. Es heißt sogar, daß unsere Großdeutschen demnächst eine öffentliche Aufforderung zur Theilnahme erlassen werden.

**Frankreich.** Der preußischen Krisis widmet man in Paris (den 4. d.) große Aufmerksamkeit. In allen liberalen Kreisen findet die kräftige und zugleich maßvolle Haltung des Abgeordnetenhauses die lebhafteste Anerkennung. — Baron von Heekeren, einer der Patrone der „France", ist, wie man sagt, in besonderer Mission nach Berlin abgereist. Man versichert, der Kaiser habe ein eigenhändiges Schreiben an den König von Preußen gerichtet, worin man, bei der gegenwärtigen Konjunktur in Berlin, ein bedeutendes Ereigniß sehen will. — Nach einer der „Patrie" zugehenden telegraphischen Depesche ist die junge Königin von Portugal bei herrlichem Wetter und im besten Befinden am 3. Oktober in Gibraltar eingetroffen.

**Großbritannien.** Der konservative „Herald" v. 4. d. zieht abermals gegen das Ministerium Bismarck-Schönhausen zu Felde. Der Premier sei kein Staatsmann, zu dessen Verfassungstreue oder liberalen Gesinnungen die Kammer irgendwie Vertrauen haben könne. Er habe sich als Parteigänger der Reaktion im Innern und des Absolutismus im Aeußern zu erkennen gegeben. Eine Pariser Korrespondenz der „Morning Post" spricht mit großer Geringschätzung von den politischen Eigenschaften des deutschen Volkes, mit welchem die Fürsten, groß und klein, so ziemlich nach Belieben fertig würden. Es heißt darin zuletzt: „Es ist wahrscheinlicher, daß Ungarn und Polen Nationen werden und in der modernen Civilisation eine Rolle spielen, als daß Deutschland aus seinem langen träumerischen Nichtsthun erwacht. Auf den großen Büchermessen Deutschlands mögen dunstige Flugschriften über das Vaterland erscheinen, aber es ist kein Geist und kein Leben in dem Volke, so daß es die Regierung zwingen könnte, sich der Fortschrittsbewegung einer Zeit anzuschließen, die es erlebt hat, daß Italien sich wieder zu einer großen freien und fortschreitenden Nation erhob." — Am 5. d. hat in London zwischen Garibaldianern und Irländern in Hydepark ein Kampf stattgefunden, an welchem sich viele Soldaten betheiligten. Es sind zahlreiche Verwundungen und Verhaftungen dabei vorgekommen. Den Ruhestörungnn wurde durch das Einschreiten der Polizei ein Ziel gesetzt. Die Journale tadeln es, daß die Polizei nicht früher eingeschritten sei.

**Italien.** Neuerdings sind aus Rom wieder 5—600 Bourbonisten bewaffnet aus den päpstlichen Staaten in's Neapolitanische abmarschirt, angeblich um die Sache des legitimen Königs zu vertreten, in Wahrheit aber, um zu plündern und zu morden. — Turin, den 5. Der König Victor Emanuel hat das Amnestie-Dekret für alle bei den letzten Ereignissen Compromittirten unterzeichnet; ausgenommen sind nur die aus der Armee Desertirten.

**Rußland.** Warschau, 3. Octbr. Von Zamoyski erfahren wir, daß er vorgestern beim Kaiser zur Audienz war. Der Empfang war ein huldvoller und der Kaiser sagte zum Grafen: „Ich kenne die Ehrenhaftigkeit Ihres Charakters und weiß, daß Sie zu Nichts was Unrecht ist, fähig sind, allein darum möchten böse Menschen, Ihren Namen mißbrauchend, sich durch denselben schützen, und Sie thäten gut durch eine Reise ins Ausland sich diesem Mißbrauch zu entziehen." — Graf Zamoyski ist gestern, wie es heißt, von Petersburg nach London abgereist. — Außer den in der Eröffnungs-Rede des Großfürsten gedachten Gesetzen, die dem Staats-Rathe vorgelegt werden sollen, sind noch mehrere andere ausgearbeitet und zum Vorlegen bereit. Dahin gehören: ein Gesetz über politische Prozesse, ein Gesetz wegen den Pensionen der ausgedienten Beamten, ein Preßgesetz, die Absonderung der in den Dreißiger Jahren anderen Gouvernements einverleibten ursprünglich selbstständigen Gouvernements Kalisch und Sielce u. a., daß Preßgesetz und das über politische Prozesse wird aber nur dann noch in dieser Sitzungsperiode zur Berathung kommen, wenn durch den ruhigen Verlauf aller Kreis-Räthe die Regierung zur Beruhigung des Landes mehr Vertrauen haben wird, da sie sich nicht der Gefahr aussetzen darf, in noch nicht ganz hergestelltem normalen Zustand Preßprozesse vor die Richter zu bringen, die vom Terrorismus der Umsturzpartei noch sehr beeinflußt werden könnten. Es könnte dieses dann in hohen Kreisen der Anschauung Raum geben, daß jene Gesetze unzuverlässig seien und ihre Verletzung herbeiführen. Der Markgraf rieth daher dem Großfürsten, mit deren Vorlage noch zu warten.

**Amerika.** Berichte aus New-York vom 23. v. Mts. melden, daß das Gerücht, die Unionistenarmee hätte den Potomac bei Willimsport eilig überschritten, die Generäle Heinzelmann und Sigel seien in Virginien geblieben, um den Rückzug der Conföderirten zu verhindern, sich nicht ganz bestätigt habe. Der General der Konföderirten Bragg hat Louisville eingeschlossen und man erwartete dessen Angriff. Der Commandirende in der Stadt glaubte dem Angriffe widerstehen zu können. Eine Proklamation Lincolns erklärt, daß wenn der Krieg fortdauere, er dem Congresse Maßregeln vorschlagen werde, durch die den Staaten welche die Sklaverei abschaffen wollen, eine Geldhilfe geleistet werden solle. Die Anstrengungen zur Colonisation der Neger werden fortdauern. Lincoln hat sich überdies dahin entschieden, daß mit dem nächsten ersten Januar die Sklaven in den insurgirten Staaten für immer frei sein sollen. — Aus Newyork vom 24. v. Mts. wird berichtet, daß es den Unionisten bis jetzt noch nicht geglückt sei, den Potomac bei Sheppardstown in Virginien zu überschreiten, daß sie vielmehr bei jedem Versuche zurückgeworfen worden sein. Das Congreßmitglied Foote hat im Congresse der Südstaaten den Antrag gestellt, daß, da die von den Conföderirten erlangten Vortheile es gestatten, die Regierung Commissäre nach Washington senden möge, um unter ehrenhaften Bedingungen den Frieden anzubieten. — Der Gouverneur von Newyork hat in einer Proklamation eine Conscription von 4000 Mann für den 10. Dezember angeordnet — Aus Newyork vom 25. v. M. wird gemeldet, daß der Präsident Lincoln die Habeascorpusacte aufgehoben und in allen Vereinsstaaten die Anwendung des Kriegsgesetzes gegen solche Personen angeordnet habe, die der Rebellion Vorschub leisten oder bei Verhinderung der Conscription betroffen werden. — Nach Berichten aus Newyork vom 26. v. Mts. haben die Unionisten Virginien noch nicht passirt und glaubt man, daß ein Versuch Maclellans, den Potomac zu überschreiten, einen Kampf herbeiführen werde. Die Conföderirten behaupten die Linie am oberen Potomac und haben die Eisenbahn nach Harpers Ferry zerstört. Die Armee des Generals Buell ist vor Louisville eingetroffen. Man glaubt dessen ungeachtet, daß die Stadt dem Angriffe der Conföderirten widerstehen werde.

---

## Provinzielles.

Graudenz, 6. October. Heute fand die Verkündigung des durch Allerhöchste Kabinetsordre vom 20. September bestätigten kriegsrechtlichen Urtheils über die 12. Compagnie des 45. Infanterie-Regiments wegen der ihrer Zeit viel besprochenen Gehorsamsverweigerung derselben statt. Das Regiment trat zu dem Zwecke heute Morgen auf der Festung zusammen und stellte sich auf dem place d'armes derselben in der Weise auf, daß es drei Seiten eines Quarrés bildete. Die vierte Seite wurde von der verurtheilten Compagnie eingenommen, die von Posten umgeben wurde. Von der Mitte des Platzes aus verlas Hr. Auditeur Hiersemenzel unter präsentirtem Gewehr zunächst die Königliche Kabinetsordre, in der gesagt war, daß das Urtheil des Kriegsgerichts lediglich bestätigt werde, da der vorliegende Straffall in seiner Ausdehnung unerhört in der Preußischen Armee sei und eine Milderung des Strafurtheils durch Königliche Gnade nicht gestatte. Darauf folgte die Publikation des Urtheils. Dasselbe erstreckte sich auf 101 Mann. Von diesen wurde der Unteroffizier Klatt wegen Aufwiegelung zu 19 Jahren 9 Monaten Festungsstrafe, der Unteroffizier Kuhr wegen desselben Verbrechens zu 15 Jahren, die Unteroffiziere Fischer zu 12 Jahren, Luckau und Tanneboom zu je 9 Jahren 9 Monaten, letztere drei wegen vorsätzlichen Unterlassens der Anzeige von einer Meuterei, alle fünf zugleich zur Degradation verurtheilt. Das Erkenntniß gegen die übrigen Mannschaften lautete gegen 6 Mann, darunter 2 Gefreite, auf je 10 Jahre, gegen 68 Mann auf je 3 Jahre, wegen Meuterei und Verweigerung des Gehorsams vor versammeltem Kriegsvolk, (die ersteren sechs hatten eine besondere Thätigkeit entwickelt, um die Gehorsamsverweigerung in Gang zu bringen) endlich gegen 16 Mann auf 2 Jahre, wegen vorsätzlicher Unterlassung der Anzeige und gegen 6 Mann auf 1 Jahr wegen fahrlässiger Unterlassung der Anzeige. Das Urtheil wurde bei lautloser Stille verlesen, nur unterbrochen durch das Schluchzen eines Theiles der so hart Betroffenen. Den zur Degradation verurtheilten Unteroffizieren nahm man darauf die Tressen ab, und sämmtliche Verurtheilte mußten durch ihre Namensunterschrift die Publikation des Erkenntnisses bescheinigen, worauf sie, nachdem noch Hr. Oberst v. Schmidt eine Ansprache an sie gerichtet hatte, in der er sie zur Reue ermahnte, abgeführt wurden. Die 11 am schwersten Bestraften sollen nach Thorn und Danzig gebracht werden, die

übrigen Mannschaften werden ihre Strafe auf der hiesigen Festung verbüßen.

Es läßt sich nicht verkennen, daß das Urtheil allgemein einen tiefen Eindruck gemacht hat; es giebt sich nicht nur im Publikum, sondern auch in militärischen Kreisen große Theilnahme für die Compagnie zu erkennen, weil man überzeugt ist, daß die Mehrzahl der Leute ohne rechtes Urtheil über den Charakter und die Tragweite ihrer Handlung, in der das Gesetz mit gutem Grunde das schwerste militärische Verbrechen erblickt, sich befunden hatte.

Das Erkenntniß gegen den früheren Chef der 12. Compagnie, Hauptmann v. Besser, gegen den wegen einzelner bei der betreffenden Untersuchung zur Sprache gekommenen Thatsachen gleichfalls eine Untersuchung eröffnet wurde, ist noch nicht publizirt, da derselbe verreis't ist.

Danzig. An die Abgeordneten Danzigs ist am 6. d. folgende Adresse abgegangen: „Hochgeehrte Herren! Bei der Entscheidung über die Militärfrage handelt es sich um nichts geringeres als um die Erhaltung der beiden Grundpfeiler, auf denen das ruhmreiche Gebäude des preußischen Staates errichtet worden ist. Wir finden dieselben erstens in der weisen Sparsamkeit, durch welche die Verwendung der finanziellen und volkswirthschaftlichen Kräfte des Staates eine desto wirkungsvollere wird, und zweitens in der freudigen Beobachtung der bestehenden Verfassung und der bestehenden Gesetze. Es war und ist die feste Ueberzeugung der weit überwiegenden Majorität aller Urwähler und Wahlmänner auch unseres Wahlkreises, daß bei der Militairreorganisation von jenen großen Grundsätzen in einer Weise abgewichen ist, die den Bestand der Verfassung nicht nur, sondern des Staates selbst in der ernstesten Weise gefährdet. Diese Ueberzeugung hat ihren gesetz- und verfassungsmäßigen Ausdruck in zwei aufeinander folgenden Wahlacten gefunden.

„Sie, hochgeehrte Herren, sind gewählt worden, weil Urwähler und Wahlmänner wußten, daß ein anderes Verfahren, als dasjenige, welches das Abgeordnetenhaus in der Militairfrage seitdem wirklich beobachtet hat, niemals Ihre Zustimmung finden würde. Wir hätten daher auch keine Veranlassung gehabt, die Uebereinstimmung Ihres Verhaltens mit unsern Wünschen und Ueberzeugungen noch ausdrücklich zu bezeugen, wenn nicht, in Nachahmung eben so unberechtigter Kundgebungen in anderen Landestheilen, eine winzige Minorität von Eingesessenen unseres Wahlkreises es gewagt hätte, eine vom 20. September 1862 datirte Adresse an Se. Majestät den König in Umlauf zu setzen und in derselben mit einer Selbstüberhebung ohne Gleichen sich selbst für die wahren Repräsentanten der öffentlichen Meinung unseres Kreises und ihre Meinung für die „der meisten Verständigen und Königstreuen" auszugeben. Wir halten es aber für unsere Pflicht, eine solche Anmaßung mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen, und zugleich zu erklären, daß Niemand im Staate berechtigt ist, den maßgebenden Ausdruck der öffentlichen Meinung und des öffentlichen Willens bei irgend einem anderen Organe zu suchen, als bei den verfassungsmäßigen und nach freier Selbstbestimmung gewählten Vertretern des Landes.

„Zugleich halten wir es nicht für geziemend, bei dieser Gelegenheit uns mit unserer Kundgebung unmittelbar an Se. Majestät den König zu wenden. Denn so lange Preußen noch als ein verfassungsmäßiger Staat zu betrachten ist, darf die Stimme der Wähler in politischen Fragen nur durch den Mund der Gewählten sich zum Thron erheben. Dagegen bleibt es Ihrem Urtheile, hochgeehrte Herren, anheim gestellt, ob Sie, mit Berufung u. A. auch auf diese Zuschrift, eine Adresse des Abgeordnetenhauses an Se. Majestät beantragen wollen."

— Die Renovation des Interieurs unserer Marienkirche, welche Anfang vorigen Jahres in Angriff genommen und seit dieser Zeit mit geringer Unterbrechung auf Kosten der Stadt, welche dazu 600 Thlr. hergegeben, fortgesetzt worden ist, wird noch vor dem Eintritt des Winters beendigt werden. Für das nächste Jahr hofft man die Mittel zur Wiederherstellung des großen Altars in seiner ursprünglichen Gestalt, so wie die Reinigung der unteren Pfeilertheile und plastischen Kunstwerke der Kirche auf dem Wege der freiwilligen Beisteuer zu gewinnen. — Die Heizung größerer Kirchen, wie dies z. B. in Berlin seit Jahren der Fall ist, gehörte bisher in unserer Stadt zu den Unmöglichkeiten. Binnen kurzer Zeit wird die hiesige Bartholomäi-Kirche heizbar eingerichtet sein und für die Folge in der kalten Jahreszeit auch erwärmt werden.

## Lokales.

**Schwurgerichtshof Thorn-Strasburg.** Die Herbstsitzungen beginnen am Montag den 13. d. Mts. — Die Sitzungen finden im Saale des Schützenhauses statt.

1. Das Richter-Kollegium bilden die Herren: Kreisger.-Direktor v. Borries, Vorsitzender, die Gerichtsräthe Meissner, Voigt, Henke und Ger.-Ass. Rosenow, Beisitzer. — Als Gerichtsschreiber fungirt Herr Akt. Hörner, als Dolmetscher Herr Akt. Rudnicki.

2. Als Geschworne sind einberufen die Herren: a) aus dem Kreise Thorn: Kfm. Gall, Eigenth. J. Görtz a. Kl. Niszewken, Kfm. Gerson-Hirschfeldt, Eigenth. J. Cornelius a. Kl. Niszewken, Apoth. Kayserlingk, Buchh. E. Lambeck, Zollamts-Assist. H. Marcus, Gasthofb. F. Marquart jun., Gymn.-Direktor Dr. Passow, Gutsb. L. Puhan-Katharinenflur, Kfm. Sachs, Kfm. H. Schwartz, Gutsp. v. Skrbenski-Wymislowo, Rittergutsb. H. Sponnagel-Folsong, Kfm. Tiede, Bürger J. Trenkel a. Culmsee, Fabrik. J. Weigel a. Leibitsch, Fabrik. Wendisch, Gutsb. Wentscher-Rosenberg, Rentier Wiggert; — b) aus dem Kreise Strasburg: Apoth. Bredull a. Strasburg, Gutsb. Bar. L v. d. Goltz-Groß-Gorzenitza, Kfm. Grünbaum a. Strasburg, Gutsb. C. Hennig-Neudorff, Rittergutsb. Freih. v. Kayserlingk-Lissewo, Freischulzereib. Mennicke-Lemberg, Gutsb. v. Rozycki-Druszyn, Rittergutsb. Schmelzer-Galczewko, Bäckermstr. C. Schulze a. Gollub.

3. Audienz-Termine. Montag den 13. d. Mts. 1) Anna Laskowska, Czarny-Brinsk, Kr. Strasburg, Kindesmord. 2) Jos. Gurski, Knecht, Gr. Morczyn, Kr. Inowraclaw, schwerer Diebstahl. — Dienstag den 14. d.: 1) Joh. Zazaczki, Einw., Gostkowo, gewaltsamer Diebstahl ꝛc. 2) Th. Dymczenski, Knecht, Zlotterie, schwerer Diebstahl. — Mittwoch den 15. d.: 1) Leonh. Garski, Executor, Vergehen im Amt ꝛc. 2) Anna Luchowska geb. Jakubowska. Podgórz, vorsätzl. Brandstiftung. — Donnerstag, den 16. d.: 1) Veronica Wachowska, Thorn, schwerer Diebstahl ꝛc. 2) Lor. Kolaszinski, Instm. nebst Konsort, Piczewo, Kr. Straßburg, schwere Diebstähle ꝛc. — Freitag den 17. d.: Matth. Swigonski, Einw., Becznich, Kr. Strasburg, vorsätzlicher Brandstiftung. — Sonnabend den 18. d.: Th. Stolecki, Schuhmacher, Strasburg, Nothzucht. — Montag den 20. d.: Krzyzanowski, Einw., Konczewicz, Mord.

— **Der Pestalozzi-Verein** für die Provinz Preußen. Der erste Jahresbericht (v. 16. Juni 1861 bis 30. Juni 1862) dieses Vereins liegt uns vor. Trotz seines kurzen Bestehens hat er einen erfreulichen Aufschwung genommen, der ihm, sowie die fernere gedeihliche Fortentwickelung um seines humanen Zweckes willen nur zu wünschen ist. „Der Zweck des Vereins besteht in der Sorge für Unterstützung und Erziehung vater- oder elternloser Waisen der Schullehrer in der Provinz Preußen." — Jeder, gleichviel ob Lehrer oder nicht, kann Mitglied des Vereins werden, wenn er an den Vorstand des Vereins durch den für seinen Bezirk gewählten Agenten seinen Beitritt erklärt und sich zu einem Jahresbeitrage in selbstgewählter Höhe verpflichtet". — Beim Schluß des Jahres betrug die Zahl der Mitglieder 2288. In dem Mitgliederverzeichniß vermißten wir die Lehrer aus Stadt und Kreis Thorn. — Die Einnahme des Vereins betrug in vorbezeichnetem Jahre in Summa 1479 Thlr., davon 1044 Thlr. an Beiträgen und 374 Thlr. aus Geschenken. Die Ausgabe war in Summa 789 Thlr., davon 391 Thlr. für 154 Waisen in 57 Familien. Das Vereins-Vermögen beträgt 1013 Thlr. — Aus dem Bericht heben wir noch folgende Mittheilung hervor: „Mit der Lebens-, Pensions- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft „Iduna" zu Halle a. S. hatte der Vorstand des Vereins ein Abkommen vereinbart, daß bei Lebens- oder Sterbekassen-Versicherungen, welche von Mitgliedern des Vereins nicht unwesentliche Vortheile darbietet." — Wir wünschen dem gemeinnützigen Vereine auch in unserer Umgegend die theilnehmendste Beachtung.

— **Der Lehrer Piasecki,** welcher sich der vorsätzlichen Brandstiftung in Schönsee am 3. d. dringend verdächtig gemacht hat, ist heute, Dienstag den 7., hierher gebracht und an das Königl. Kreisgericht zur Untersuchungshaft abgeliefert worden. P. ist 35 Jahr alt und Familienvater. Er ist zur Zeit leidend, da er sich, wie wir mitgetheilt, durch drei Stichwunden und eine Schnittwunde am Halse, aber nicht gefährlich, verletzt hat. Der versuchte Selbstmord dürfte zweifelsohne eine strenge Beaufsichtigung des Verhafteten zur Folge haben. Schließlich bemerken wir noch, daß in Schönsee allgemein die Ansicht getheilt wird, P. sei nicht recht bei Sinnen.

— **Handwerkerverein.** Am Donnerstag, den 9. d. Vortrag des Herrn K. Marquart über Seidenbau.

Druckfehler. In der Notiz der v. Num. zum Eisenbahn-Projekt Thorn-Königsberg bitten wir 8 Z. v. o. statt „Hufenlagen" „Höhenlagen" zu lesen.

## Briefkasten.

**Eingesandt.** (Wörtlich abgedruckt). Schön ist es doch wenn man weiß das man geliebt wird, aber noch Schöner ist es wenn die Herren glauben die Mädchen mit ihrem nachgehn, und fortwährendem Fenstersehen zu Fecsiren und die Mädchen aber ihre Schlauheit wissen. Ja sie meinen so gar wenn die Mädchen sie schon einen Korb gegeben haben sie noch einmal gut zu machen um sich dann zu Rächen, aber darin sind doch manche Herren viel zu dumm denn sie bedenken garnicht zu wem sie sich aussprechen. — (Briefkasten-Zusendungen per Post bitten wir geneigtest frankiren zu wollen. Die Redaktion)

## Vorschuß-Verein.
## Generalversammlung,

**Sonnabend den 11. Oktober cr.**
Abends 8 Uhr im Saale des Schützenhauses.
Tagesordnung: Rechnungsbericht. — Antrag auf Zins-Herabsetzung.

**Der Ausschuß.**

---

Der Unterricht an der jüd. Elementar- und Religionsschule beginnt **Sonntag den 19. Oktbr.**

Die Aufnahme und Prüfung neuer Schüler und die Anmeldung für den Confirmationsunterricht findet **Sonntag den 12. d. Mts.** von 11—1 Uhr, und **Montag den 13.** von 11—12 Uhr Vormittags und von 4—5 Uhr Nachmittags in meiner Wohnung statt.

In die Elementarschule werden nur Kinder von 6—10 Jahren aufgenommen.

Rabbiner *Dr. M. Rahmer.*

---

Mit der ergebenen Anzeige, daß ich die **Gastwirthschaft und die Restauration des Herrn Majewski auf der Bromberger Vorstadt** übernommen habe, verbinde ich die ergebene Bitte, um geneigten Besuch und werde ich mich stets bemühen meine geehrten Gäste durch gute Speisen und gute Getränke stets zufrieden zu stellen. — Für **Spaziergänger** auf der Bromberger Chaussee ist stets eine **gute Tasse Kaffee** bereit.

Auch bemerke ich, daß das Lokal zu Hochzeiten und Privatgesellschaften eingerichtet ist und eingeräumt wird.

Zur Eröffnung des Geschäfts, welches die Firma:

## Günther's Kaffeehaus

führen wird, findet **Sonnabend den 11. d. Mts.** im festlich dekorirten Lokal ein

## Frei-Concert

nebst **Blumenverloosung** um 4 Uhr Nachmittags statt.

***F. Günther.***

---

## Stand der Lebensversicherungsbank f. D. in Gotha am 1. Oktober 1862.

| | |
|---|---|
| Versicherte . . . . . . . . | 24226 Pers. |
| Versicherungssumme . . . . | 40,327400 Thlr. |
| Hiervon **neuer** Zugang seit 1. Januar: | |
| Versicherte . . . . . . | 1142 Pers. |
| Versicherungssumme . . | 2,327400 Thlr. |
| Einnahme an Prämien und Zinsen seit 1. Januar . . . | 1,325000 " |
| Ausgabe für 361 Sterbefälle . | 582600 " |
| Verzinsliche Ausleihungen . . | 10,870000 " |
| Bankfonds . . . . . . . . | 11,270000 " |

Dividende der Versicherten für 1862 (aus 1857) 29 Proz.
Dividende der Versicherten für 1863 (aus 1858) 33 Proz.
Dividende der Versicherten für 1864 (aus 1859) 37 Proz.

Versicherungen werden vermittelt durch
*Hermann Adolph* in Thorn.

---

## Theater-Billets

bei **C. A. Binder,**
Culmerstraße 305.
Seeglerstraße 104.

---

Eine möblirte Wohnung wird gesucht. Näheres in dem Informations-Bureau, Brückenstraße Nro. 13.

---

Sein wohlassortirtes Lager **echt importirter** wie **immitirter Cigarren** und **Tabake** empfiehlt einem geehrten Publikum zur geneigten Beachtung.

***C. A. Binder,***
Culmerstraße 305.
Seeglerstraße 104.

---

Soeben erschien und ist vorräthig bei **Ernst Lambeck** in Thorn:

**die zweijährige Dienstzeit**
und
**die heutige Militär-Organisation in Preußen.**

Ein Wort zur Verständigung von einem alten Offizier.

**Preis 5 Sgr.**

---

## Holz-Verkauf.

**Trockenes Eichenholz erster Klasse,** ebenso **kieferne Knüppel-** und **Strauchhaufen**, werden täglich im Wohnhause zu Przysiek verkauft. **Cohnfeld.**

---

Ich wohne jetzt Seeglerstraße No. 105 neben Hôtel de Danzig.

**Dr. Schlesinger,** pract. Arzt ꝛc.

---

Meinen geehrten Kunden die ergebene Anzeige, daß ich jetzt Baderstraße 57 neben der Theodor Körner'schen Bäckerei wohne.

***J. F. König,***
Schönfärber.

---

## Grabmonumente

in allen Steinarten, **Treppenstufen, Platten**, billigst bei

**M. H. Neuendorf,**
Bromberg, Bahnhofstr. No. 54.

---

**Delikates Pflaumen-Mus** und **frische Wallnüsse** empfiehlt

***Eduard Seemann.***

---

Dominium Kuczwaly bei Culmsee hat **40 Stück junge gesunde Mutter-Schaafe** zu verkaufen.

---

## Waldschlößchen

stets vorräthig bei
**George Beuth.**

---

Meine Wohnung ist Schillerstraße No. 409.

**J. Glauner,**
Schneider-Meister.

---

Meine Wohnung ist Heilige Geiststraße 201 beim Herrn v. Janiszewski.

**Schultz,**
Koch- und Backfrau.

Bestellungen werden auch zu Hause ausgeführt.

---

Meinen geehrten Kunden die ergebene Anzeige, daß ich jetzt in meinem Hause, Neustädter Markt No. 140 neben Herrn Pfarrer Dr. Güte, wohne.

**Friedrich Much,**
Schuhmachermeister.

---

Einige Ballen **rein schmeckenden Java-Caffee** sind im Ganzen oder im Einzelnen billigst zu kaufen bei

**C. A. Binder.**

---



Ein gutes Arbeitspferd (Fuchsstute) steht Louisenstraße Nro. 10 zum Verkauf.

---

## Stearin-Lichte

prima 9 Sgr., secunda 8 Sgr., tertia 7 Sgr. à Pack empfiehlt *C. A. Binder.*

---



## Turn-Verein.

Freitag d. 10. d. M. nach dem Turnen
**Generalversammlung**
im Turnsaal.

---

## Gute Eß-Kartoffeln

liefert pro Scheffel 14 Sgr. frei ins Haus das Dominium Przysiek.

Käufer wollen sich gefälligst per Post an mich wenden. **Cohnfeld.**

---

## Doppelt gesiebte Nußkohlen

offerirt billigst **C. A. Binder.**

---

Ein **verschließbares Stehpult** wird zu kaufen gesucht. Näheres in der Exped. d. Bl.

---

## Theater in Thorn.

Donnerstag, den 9. Oktbr. Zur Eröffnung der Bühne: **„Bürgerlich und Romantisch."** Lustspiel in 4 Akten von Bauernfeld.

Freitag, den 10. Oktbr. **„Deborah."** Volksschauspiel in 4 Akten von Mosenthal. Fräulein **Hildebrandt** vom Hoftheater in Braunschweig „Deborah" als 1. Debüt.

Sonntag, den 12. Oktbr. u. Montag den 13. Oktbr. **„Der Goldonkel"**, oder: **„Die Rückkehr aus Californien".** Posse mit Gesang, Tanz und Tableaux in 3 Akten und 8 Bildern von Emil Pohl, Musik von Conradi.

Dienstag, den 14. Oktbr. **„Sie ist Wahnsinnig".** Drama in 2 Abtheilungen nach dem Franz. v. Louis Schneider. Hierauf: **„Ein gebildeter Hausknecht".** Posse in einem Akt von Kalisch.

**J. C. F. Mittelhausen.**

---

## Synagogale Nachrichten.

Donnerstag den 9. und Donnerstag den 16., gegen 10 Uhr, Predigt des Hrn. Rabbiners Dr. Rahmer.

---

## Marktbericht.

Thorn, den 8. Oktober 1862.

Die Preise von Auswärts sind abermals niedriger notirt, namentlich für Weizen. Die Zufuhren sind sehr mäßig.

Es wurde nach Qualität bezahlt:

**Weizen:** Wispel 48 bis 72 thlr., der Scheffel 2 thlr. bis 3 thlr.
**Roggen:** Wispel 40 bis 44 thlr., der Scheffel 1 thlr 20 sgr. bis 1 thlr. 25 sgr.
**Erbsen:** Wispel 36 bis 40 thlr., der Scheffel 1 thlr. 15 sgr. bis 1 thlr. 20 sgr.
**Gerste:** Wispel 28 bis 34 thlr., der Scheffel 1 thlr. 5 sgr. bis 1 thlr. 12 sgr. 6 pf.
**Hafer:** Wispel 20 bis 22 thlr., der Scheffel 25 sgr. bis 27 sgr. 6 Pf.
**Rübsen:** (Sommer) Wispel 68 bis 72 thlr., der Scheffel 2 thlr. 25 sgr. bis 3 thlr.
**Kartoffeln:** Scheffel 12 bis 15 sgr.
**Butter:** Pfund 7 sgr. bis 8 sgr.
**Eier:** Mandel 4 sgr. bis 4 sgr. 6 pf.
**Stroh:** Schock 5 bis 6 thlr.
**Heu:** Centner 25 sgr. bis 1 thlr.

Danzig, den 7. Oktober.

**Getreide-Börse.** Bei etwas besserer Kauflust aber zu billigeren Preisen sind am heutigen Markte 100 Lasten Weizen verkauft.

Berlin, den 7. Oktober.

**Weizen** loco nach Qualität per 2100 pfd. 65—77.
**Roggen** loco per 2000 pfd. nach Qualität per Oktober. $51\frac{3}{8}$—$50\frac{1}{8}$—$\frac{1}{3}$ bez.
**Gerste** loco nach Qualität 36—41 thlr.
**Hafer** per 1200 pfd. loco nach Qualität 22—25 thlr.
**Spiritus** loco ohne Faß $15\frac{11}{12}$—16 bez.

---

Agio des Russischen-Polnischen Geldes. Polnisch Papier $13\frac{1}{2}$—$\frac{2}{3}$ pCt. Russisch Papier $13\frac{1}{3}$—$\frac{1}{4}$ pCt. Klein-Courant 11 bis $11\frac{1}{2}$ pCt. Groß-Courant 9 bis 10 pCt. Alte Silberrubel 9 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken 8 pCt. Neue Kopeken $11\frac{1}{2}$ pCt.

---

### Amtliche Tages-Notizen.

Den 7. Oktober. Temp. **Wärme:** 6 Grad. **Luftdruck:** 28 Zoll 8 Strich **Wasserstand:** 1 Fuß 3 Zoll u. 0.
Den 8. Oktober. Temp. **Wärme:** 7 Grad. **Luftdruck:** 28 Zoll 3 Strich. **Wasserstand:** 1 Fuß 3 Zoll u. 0.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck. — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei.